

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 187 (2021)
Heft: 10

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 05.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

RUSSLAND

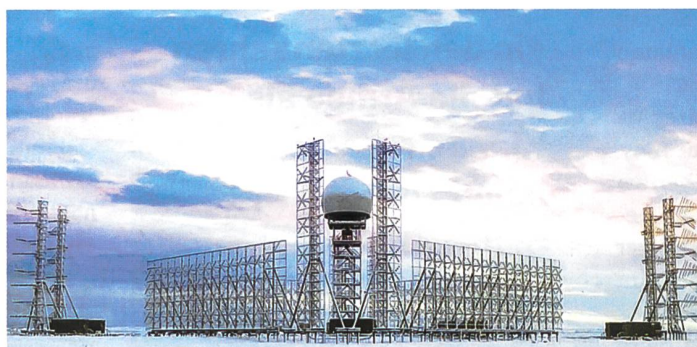
Arktisches Aufrüsten ungebremst

Die Airbase Nagurskoja im russischen Nordpolarmeer wird erneut massiv ausgebaut. Die Start- und Landebahn wurde bereits vor dem letzten Winter auf 3500 Meter verlängert. Nun werden auch die Abstellflächen massiv erweitert. Das dient einerseits dazu, mehr aber vor allem auch grössere Flugzeuge aufzunehmen. So konsolidiert Russland seine Strategie, die Arktis militärisch zu dominieren. Die Fertigstellung der zusätzlichen Stellplätze dürfte vor Winter einbruch abgeschlossen sein. Es wäre dann genügend Kapazität vorhanden, um Aufklärungsflugzeuge, strategische Bomber und dazugehörige Kampfflugzeuge im hohen Norden

zu stationieren. Damit verfügt Russland über einen kompletten Luftabwehrschirm über einem grossen Teil der Arktis. Denn in Moskau geht man davon aus, dass unter anderem wegen schmelzendem Eis bald zahlreiche neue Seewege geöffnet werden. Gleichzeitig wurden in diesem Sommer die Trainingsaktivitäten nördlich des Polarkreises intensiviert. Insgesamt festigt Russland also seine militärische Präsenz in der Arktis, und das seit 2014. Unter-

dessen gibt es unzählige Eispielen. Diese lassen jedoch keine permanente Stationierung von Flugzeugen zu. Deshalb ist vorgesehen, in Nagurskoja dereinst beheizte Hangars aufzustellen. Für Russlands Aussenminister Lavrov ist das alles nur logisch, denn «es sei unterdessen für alle klar, dass die Arktis ganz klar russisches Territorium ist». Auf diese Weise kommentiert er, was für Präsident Putin ein wesentlicher Expansionsfaktor darstellt: Die Arktis bietet nicht

nur Verbindungswege. Durch den Klimawandel werden für Russland ungeahnte Mengen an Rohstoffen zugänglich. Klar, ruft dieses Verhalten die USA auf den Plan. US-Aussenminister Blinken warnt deshalb vor einem arktischen Wettrüsten. Unbeeindruckt davon macht Russland aber weiter und installierte zuletzt ein Rezonans-N Radarsystem entlang des gesamten Küstengebiets. Der russische Generalstab hatte nämlich entschieden, bis Ende 2021 über fünf solcher Stationen zwischen Nowaja Semlja und der Beringstrasse zu verfügen. Damit gelingt es nun, Flugobjekte bis zu zwanzigfacher Schallgeschwindigkeit, Marschflugkörper und Tarnkappenflugzeuge aufzuklären.



Rezonans-N Radaranlage. Bild: Russian Aviation

DEUTSCHLAND

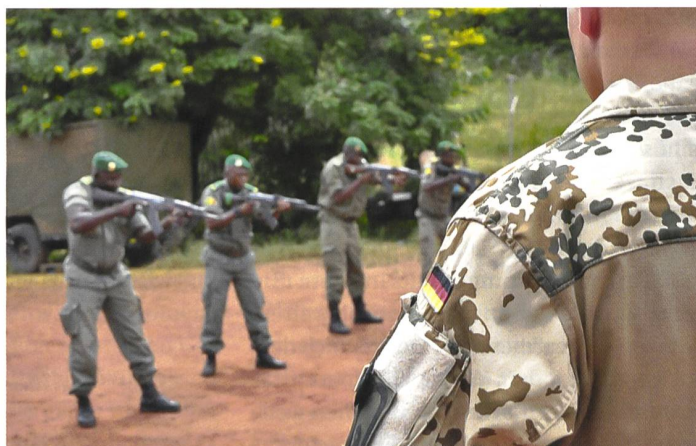
Auslandeinsätze überdenken

Die Bundeswehr muss über ihre Bücher. Nach dem rückblickend als erfolglos zu bezeichnenden Afghanistan-Einsatz geht es nun darum, die Zukunft der Auslandseinsätze der deutschen Soldaten zu überdenken. Insgesamt sind in zehn Missionen knapp 2500 Soldaten unter anderem von der Westsahara bis nach Somalia und vom Südsudan, über den Irak bis in den Kosovo eingesetzt. Prominentester Schauplatz ist Mali. Das Land im Sahelgürtel beherbergt wegen einer unübersichtlichen Anzahl an in der Region vertretenen islamistischen Splittergruppen, Terroristen und Kriegsfürsten gleich mehrere internationale Militärmissionen. Deutschland beteiligt sich dabei stark am

UNO-Einsatz und der EU-Trainingsmission (EUTM Mali). Mit über 400 UN-Blauhelmen gehört die Bundeswehr sogar zu den Top-Ten sogenannten «Troop Contributors» und ist dabei das einzige westliche Land auf dieser Liste, es könnte den Personaleinsatz sogar bis 1100 Personen aufstocken. Beim EU-Einsatz sind es derweil durch den Bundestag mandatierte 650 Soldaten. Läuft der UNO-Einsatz als sogenannte Stabilisierungsmission mit dem Hauptauftrag der Informationsbeschaffung, sind die Verhältnisse beim «Schwesterkontingent» einfacher. Die EUTM hat den einzigen Zweck, die lokalen Sicherheitskräfte auszubilden. Der gewählte Ansatz bleibt derjenige, der auch in Afghanistan zum Einsatz kam. Und auch in Mali sind die Verhältnisse nicht einfach. In den letzten 14 Monaten gab es dort zwei Staatsstriche, im Juli auch noch einen missglückten Mordanschlag auf den Prä-

sidenten. Natürlich wurde mit dem Thema im September auch Wahlkampf betrieben. Gefordert wurde dabei die Einbindung aller Parteien in den Friedensprozess. Am Beispiel Mali heisst das, dass auch die Aufständischen an den Verhandlungstisch geholt werden, wie der aussenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Nils Schmid, forderte. Offen liess er dabei, wie und was die Terroristen beitra-

gen können oder wollen. Letztendlich ist man sich aber im Klaren, dass es bis zum Erreichen eines stabilen Friedensmechanismus noch ein langer Weg ist und die Lehren aus dem Afghanistan-Debakel weltweit zu spüren sein werden.



Die Bundeswehr bildet die Forces Armées Maliennes aus. Bild: Bundeswehr

POLEN

Rüstungsupdate

Im Mai beauftragte das polnische Verteidigungsministerium die Türkei mit der Lieferung von 24 Bayraktar TB2 Drohnen. Ohne Ausschreibung. Kurz danach bestellte man in Warschau dann gleich noch 250 M1A2 Abrams SEPv3 Kampfpanzer in den USA. Unerwartet. Und schon steht eine nächste Beschaffung an: Die Polen wollen ihre Kurzstrecken-Luftabwehr mit Effektoren bestücken. Kostenpunkt: etwa acht Milliarden US-Dollar. Das mit dem Namen Narew bezeichnete Programm beabsichtigt, die bestehende Mittelstrecken-Luftabwehr aus dem Wisla-System mit einer Reichweite von bis zu 40 Kilometern zu ergänzen. Wisla basiert auf Patriot-Raketen des US-Herstellers Raytheon und wird bis 2022 mit zwei Batterien der Patriot Kon-

figuration 3+ aufgestellt. Narew hingegen soll, wenn immer möglich, im eigenen Land produziert werden. Die einheimische Rüstungsindustrie darf also auf lukrative Aufträge hoffen. Allen voran der staatliche Verteidigungskonzern PGZ, der im vorliegenden Fall die benötigte Raketentechnologie einkaufen wird und in das neu zu entwickelnde Narew-System integriert. Werfer, Radargeräte und weitere Schlüsselkomponenten sind bereits in der Planung. Es geht um ca. 23 Batterien. Experten stellen fest, dass Polen für eine solide Luftverteidigung zwar auf «ausländische» Abfangjäger angewiesen ist, sämtliche bodengestützten Systeme aber unterdessen alleine bereitstellen kann. Die lokale Rüstungsindustrie hat dazu in den letzten Jahren beträchtliche Mittel aufgebracht und will Narew bis 2026 liefern. Weitere zu beschaffende Rüstungsgüter: 32 Kruk-Kampfhelikopter und drei Unterseeboote, welche die



Als Verteidigungsminister Blaszczak 2019 die Modernisierungspläne verkündete.
Bild: Defence 24 Poland

polnische Orka-Flotte ergänzen und damit modernisieren sollen. Sämtliche aktuellen Rüstungsgeschäfte sind der Startschuss für die gesamtheitliche Modernisierung des polnischen Militärs und gehen auf einen Masterplan aus dem Jahr 2019 zurück. Dieser sieht vor, in der Zeit von 2021 bis 2035 mehr als 130 Milliarden US-Dollar für Gerät und Ausrüstung aufzuwenden. Bereits bestellt sind 32 F-35A Joint Strike Fighter. Weiter will die Marine sechs leichte Rake-

tenboote beschaffen. Diese sollen in den eigenen Ostseewerften gebaut werden. Insgesamt werden sämtliche Beschaffungen im Hinblick auf die vollständige Digitalisierung aller Kampfplattformen getätigt. Ermöglicht werden soll dies durch satellitengestützte Kommunikation, klar definierte C2 Strukturen und die gesamtheitliche Integration aller ISR Kapazitäten, tönt es dazu verheissungsvoll aus dem Generalstab.

MYANMAR / BURMA

Rebellen töten
23 Soldaten nahe der
Grenze zu China

In Myanmar hat die Rebellengruppe «Allianz Nationaler Demokratischer Armeen» (MNDAA) nach eigenen Angaben nahe der Grenze zu China mindestens 23 Soldaten getötet. «Sie wollten unsere Stellung einnehmen», sagte ein Sprecher der Rebellen Anfangs September. Ihm zufolge hatte die Armee Ende August einen Versuch gestartet, einen Stützpunkt der MNDAA im nordöstlichen Bundesstaat Shan zu erobern.

«Wir standen auf dem Berg und sie waren unten, wir schossen auf sie, als sie kamen», beschrieb der Sprecher die Kampfsituation. Unter den Rebellen

habe es einen Toten gegeben. Die Armee machte nur ungenaue Angaben zu den Zusammenstößen.

In Myanmar gibt es mehr als 20 ethnische Rebellengruppen, von denen zahlreiche in den Grenzregionen Gebiete kontrollieren. Immer wieder kommt es zu Kämpfen mit den Regierungstruppen.

Im August wurde im chinesischen Staatssender CGTN berichtet, dass bei Kämpfen im Shan-Staat Querschläger auf chinesischem Gebiet landeten, wo sie «Gebäude beschädigten und die Anrainer in Angst versetzten». Viele Rebellengruppen im Norden Myanmars haben enge kulturelle Bindungen nach China, sie sprechen chinesische Dialekte und nutzen die chinesische Yuan-Währung.

NORDAFRIKA

Algerien-Marokko
im Disput

Algerien und Marokko haben ihre diplomatischen Verbindungen abgebrochen. Konkret wirft Algerien seinen Nachbarn in Rabat vor, stets feindselige Aktionen gegen ihr Land, das algerische Volk und dessen Regierung zu führen. Es geht um den Status der Westsahara und die Frage nach Unabhängigkeit der Kabylei. Marokko forderte diese zuletzt im Juli bei den Vereinten Nationen ein. Als Antwort berief Algerien seinen Botschafter aus Rabat ein und erliess einen Haftbefehl gegen den in Frankreich lebenden Ferhat Mehenni, einen algerischen Musiker und Sprecher der Autonomiebewegung der Kabylei. Für Ramtane La-

mamra, den algerischen Aussenminister, steht fest: «Algerien lehnt die Logik der einseitigen Politik mit ihren katastrophalen Folgen für die Völker der Maghreb-Region ab. Algerien lehnt zudem alles ab, das darauf abzielt, die Länder der Maghreb-Region in einem ständigen Zustand der Unsicherheit zu halten.» Das Königreich Marokko hatte den Schritt Algeriens kritisiert und ihn als «völlig ungerechtfertigte, aber erwartete» einseitige Entscheidung bezeichnet. Marokkos König Mohamed VI gab sich dagegen konziliant und riet seinem algerischen Homologen, Präsident Abdelmadjid Tebboune, Weisheit walten zu lassen. Er klagt aber gleichzeitig darüber, dass sein Land «vorsätzlicher und bewusster Aggression» ausgesetzt ist. Zuletzt ging es dann auch noch um Waldbrände im Norden Algeriens, die vorsätzlich gelegt

worden seien. Alles in allem folgen die Spannungen also einer klaren diplomatischen Eskalationskaskade. Letztendlich drehen sich diese neusten Spannungen aber um den seit Jahrzehnten schwelenden Konflikt um den Status der Westsahara. Marokko sieht die ehemalige spanische Kolonie als integraler

Bestandteil seines Königreichs, während von Algerien aus die nach Unabhängigkeit strebende Polisario-Bewegung unterstützt wird. Algerien prüfte deshalb zuletzt, wie es seine Sicherheitsvorkehrungen entlang der gemeinsamen Grenze, die notabene seit 1994 geschlossen ist, verstärken kann.



Blick über die geschlossene Grenze. Bild: Al Arabiya

INDONESIEN

Die Strahlkraft der Taliban

«Der Sieg der Taliban dürfte die Moral indonesischer Jihadisten stärken», schreibt Alif Satria, der am Zentrum für strategische und internationale Studien (CSIS) in Jakarta forscht. Daraus ergeben sich nicht nur für Indonesien Probleme, sondern auch für benachbarte Länder, in denen islamistische Gruppen politischen Raum beanspruchen oder darum kämpfen, eine Aussenstelle des Kalifats zu errichten. Der Sieg der Taliban motiviert auch radikale Kräfte in Malaysia, auf den Philippinen und auch in Bangladesch.

Indonesiens Aussenministerin Retno Marsudi griff das Thema eilig auf und appellierte an die neuen Machthaber in Kabul, sie sollten Afghanistan nicht zum «Nährboden für terroristische Aktivitäten werden lassen» wohl wissend, dass die historisch

engen Verbindungen zwischen Taliban und al-Qaida schlimme Konsequenzen für das überwiegend von Muslimen bevölkerte Indonesien hatten, das vor allem nach 9/11 zur Terrorfront wurde.

Seit dem Fall von Kabul ist nun die Spezialeinheit Densus 88 in Alarmbereitschaft und überwacht verstärkt die sozialen Netzwerke. Der Chef der nationalen Anti-Terror-Behörde, Boy Rafli Amar, warnt eindringlich davor, dass das «Momentum der Machtübernahme» in Afghanistan zu einer «Quelle der Inspiration» für Jihadisten im eigenen Land werden könnte.

Aus Südostasien waren schon in den 1980er-Jahren viele junge Männer in den Hindukusch aufgebrochen. Als die Kämpfer zurückkehrten in ihre Heimat nahe dem Äquator, bildeten sie den Kern militanter Gruppen. Sie halfen, ihre Ideologie des Jihad in Koranschulen zu tragen, und verübten Anschläge, den grössten auf Bali 2002, mit 202 Toten in einer Nacht. Die Jihadisten in Südostasien ler-

USA

Repräsentantenhaus verbietet private Finanzierung von Einsätzen der Nationalgarde

Der Ausschuss für Streitkräfte des Repräsentantenhauses hat dafür gestimmt, den Staaten die Verwendung privater Gelder zur Finanzierung von Einsätzen der Nationalgarde in anderen Staaten zu untersagen, nur wenige Monate nachdem ein Gouverneur private Spenden für die Entsendung von Gardetruppen an die Grenze zwischen den USA und Mexiko angenommen hatte. Der Vorschlag würde die Finanzierung eines staatenübergreifenden Einsatzes der Nationalgarde aus privaten Quellen

ausschliessen, es sei denn, es handelt sich um Notfälle oder Katastrophenhilfe.

Während seiner Beratungen über das jährliche Verteidigungsetat stimmte das Gremium dem Vorschlag der texanischen Demokratin Veronica Escobar trotz des Widerstands der Republikaner mit einer Stimme Mehrheit zu.

«Ich glaube nicht, dass unsere Nationalgarde versteigert oder verkauft werden sollte», sagte Escobar bei der Vorstellung des Änderungsantrags. «Ich denke, das schränkt die Transparenz ein – wir haben keine Ahnung, wer eine mögliche Entsendung von Gardetruppen finanziert», fügte sie hinzu.

nen von den Taliban vor allem eines: Zähigkeit und Geduld zahlen sich aus.

Die Sicherheitskräfte in Jakarta vereitelten erst Mitte August nach eigenen Angaben einen erneuten Anschlagversuch zum Unabhängigkeitstag. Zwar erwartet der Analyst Alif Satria nicht, dass es nun unmittelbar zu einer grossen Welle von Anschlägen in Indonesien kommt. Lokale Terrorzellen hätten es schwerer als früher, an Geld zu kommen. Ausserdem hätten Fahnder in den vergangenen drei Jahren mehr als 1000

Verdächtige gefasst. Aber die grosse Zahl deutet eben auch darauf hin, wie breit das Feld von Sympathisanten ist. Und Anti-Terror-Chef Boy Rafli Amar befürchtet, dass die Euphorie über den Talibansieg zu neuen Rekrutierungen ermuntern könnte. Nach Einschätzung des Experten Satria werden die Ereignisse in Afghanistan vor allem eine langfristige Wirkung entfalten.



Indonesische Spezialkräfte im Einsatz gegen Islamismus. Bild: Juni Kriswanto

USA / CHINA

Chinesisches und US-Militär suchen Wege zur Krisenvermeidung

Hochrangige Militärvertreter aus den USA und China haben erstmals seit Amtsantritt von US-Präsident Joe Biden direkt miteinander über Vermeidung von Krisen und Risiken gesprochen. Das sagte ein Mitarbeiter der US-Regierung, der namentlich nicht genannt werden wollte, der Nachrichtenagentur Reuters. Vor dem Hintergrund wachsender Spannungen zwischen beiden Staaten sucht das US-Militär seit längerem nach Kommunikationskanälen zu der chinesischen Armee, um mögliche Eskalationen zu vermeiden. Der für China zuständige

Vizeabteilungsleiter im Verteidigungsministerium, Michael Chase, habe Ende August mit Generalmajor Huang Xueping, dem stellvertretenden Direktor des Büros der Volksbefreiungsarmee für internationale militärische Zusammenarbeit, gesprochen, sagte der Mitarbeiter der US-Regierung. Sie hätten eine spezielle Telefonleitung zwischen beiden Armeen für eine Videokonferenz genutzt. Chase habe den Umgang mit Krisen und Zwischenfällen angesprochen. Ein Treffen von US-Verteidigungsminister Lloyd Austin mit seinem chinesischen Amtskollegen steht noch aus.

Biden hat China als die grösste geopolitische Herausforderung seines Landes bezeichnet. Er hat Sanktionen gegen China wegen des Umgangs mit der Minderheit der Uiguren und Demokratieaktivisten in Hong-



Die USS George Washington patrouilliert im südchinesischen Meer. Bild: navsource.org

kong erlassen. China wirft dagegen den USA Dominanzstreben vor. Auf Konfrontationskurs sind die beiden grössten Volkswirtschaften der Welt unter anderem im Südchinesischen Meer, wo China seine militärischen Aktivitäten ausweitet und Anrainer zunehmend be-

unruhigt. Gestritten wird auch über Taiwan. China sieht die Insel als Teil seines Territoriums, während die USA auf die Unabhängigkeit Taiwans pochen.

Pascal Kohler,
Henrique Schneider

Schützen-Festwoche

Das grosse Finale des Eidgenössischen
Schützenfests Luzern 2020
in der Messe Luzern

08.10. – 10.10.2021

15.10. – 17.10.2021



Mitfeiern!

LUZERN2020
EIDG. SCHÜTZENFEST

Publikums-Festprogramm

Fr. 8. Oktober

Konzert «Oesch's die Dritten» Vor Ort: 20.30 – 00.00
«Echo vom Gätterli», «uufwind» und
«Ländlergiele Hubuste»

Sa. 9. Oktober

Unterhaltungsabend mit Tanzmusik 19.00 – 01.00
von der «Surprise Band»

So. 10. Oktober

Country-Gottesdienst mit anschliessendem 10.30 – 16.00
Konzert der «Country Rocking Roadshow»
Festbetrieb und Shows 16.00 – 20.00

Fr. 15. Oktober

Historischer Vortrag Schützenwesen 10.00/11.00/14.30
Partyband «Grenzenlos» 17.30 – 24.00

Sa. 16. Oktober

Festakt mit Bundesrätin Viola Amherd 10.30 – 14.00
Apéro 11.00
Luzerner Abend mit Unterhaltung inklusive 17.00 – 01.00
Band «Vocabular» und «Stubete Gäng»

So. 17. Oktober

Frühschoppen mit Unterhaltung 10.00 – 16.00

Mit Schötzfäscht Chilbi

Messehalle 2, Aussenbereich

www.lu2020.ch

COVID-19 Schutzkonzept

Um allen Besuchenden einen uneingeschränkten persönlichen Kontakt zu ermöglichen, wird der Messezutritt nur mit einem gültigen Covid-Zertifikat und einem amtlichen Ausweis erfolgen. Aktuelle Informationen zur Lage auf www.lu2020.ch